



Pressemitteilung Hartmut Koschyk MdB

Parlamentarischer Staatssekretär Koschyk stellt in Siebenbürgen 1. deutsch-rumänische Gemeinschaftsbriefmarke mit Kirchenmotiv vor



Hartmut Koschyk MdB

Parlamentarischer Staatssekretär
beim Bundesminister der Finanzen
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel: 030 / 227 – 7 33 53
Fax: 030 / 227 – 7 66 72

Der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister der Finanzen, Hartmut Koschyk MdB, hat in Siebenbürgen die 1. deutsch-rumänische Gemeinschaftsbriefmarke vorgestellt, deren Motiv der Kirchenburg BIRTHÄLM gewidmet ist.

Die Kirchenburg BIRTHÄLM gehört seit 1993 zum Weltkulturerbe der UNESCO und war seit der Reformation in Siebenbürgen Sitz des Bischofs der Evangelischen Kirche der Siebenbürger Sachsen. Nach der demokratischen Wende in Rumänien diente die Kirchenburg BIRTHÄLM den dort verbliebenen Siebenbürger Sachsen als Austragungsort eines alljährlich stattfindenden Sachsentreffens in Siebenbürgen.

Gemeinsam mit der Generaldirektorin der rumänischen Post, Cristina Popescu, stellte Koschyk die Briefmarke im Rahmen des 21. Treffens der Siebenbürger Sachsen in Kronstadt vor. Eine Erstaussgabe der Gemeinschaftsbriefmarke wurde dem Bischof der Evangelischen Kirche in Rumänien, Reinhart Guib, dem Vorsitzenden des Demokratischen Forums der Deutschen in Rumänien, dem Hermannstädter Oberbürgermeister Klaus Johannis, dem Vertreter der deutschen Minderheit im rumänischen Parlament, Ovidiu Gant, dem hessischen Landtagspräsidenten Norbert Kartmann und dem Minderheitenstaatssekretär der rumänischen Regierung, Helge Fleischer, übergeben.

Die Gemeinschaftsbriefmarke ist vor dem Hintergrund der langjährigen guten deutsch-rumänischen Beziehungen, aber auch der ausgeprägten deutsch-rumänischen Anstrengungen zur Unterstützung der deutschen Minderheit zu sehen. Die Bundesrepublik Deutschland setzt sich für nachhaltige Zukunftsperspektiven der deutschen Volksgruppe in

Rumänien ein. Dies geschieht durch eine Verbesserung der bilateralen Beziehungen zwischen Deutschland und Rumänien sowie über ein weitverzweigtes Netz vielfältiger materieller Hilfeleistungen. So wurden, aufgrund der 1992 erfolgten Unterzeichnung des Vertrags über Freundschaftliche Zusammenarbeit zwischen der Deutschland und Rumänien, die rechtlichen, politischen und wirtschaftlichen Bedingungen für die deutsche Volksgruppe in Rumänien verbessert. In Zusammenarbeit mit der rumänischen Regierung wurden Programme verabschiedet, die die deutsche Volksgruppe rechtlich schützen und sie bei der Neugestaltung ihres gesellschaftlichen, kulturellen und wirtschaftlichen Lebens unterstützen. Förderprogramme im Bereich der Landwirtschaft und zur Unterstützung von Klein- und Mittelbetrieben sollen beispielsweise Unternehmen Starthilfen gewähren. Es wurden ebenfalls medizinische und soziale Hilfsprogramme sowie Maßnahmen zur Ausbildungsförderung, aber auch zur Sicherung des kulturellen Erbes eingeleitet.

Im Rahmen seines Besuches in Siebenbürgen stattete Koschyk auch dem Hermannstädter Oberbürgermeister Klaus Johannis einen Besuch ab, dessen Einsatz die erfolgreiche Bewerbung von Hermannstadt als Kulturhauptstadt Europas möglich gemacht hat. Johannis ist auch Vorsitzender des Demokratischen Forums der Deutschen Minderheit in Rumänien.

Weitere Besuche Koschyks galten den Kirchenburgen BIRTHÄLM und MEDIAS. Des Weiteren traf er zahlreiche Vertreter aus Politik sowie Vertreter der Deutschen Wirtschaft und der deutschen Kulturmittler im Raum Hermannstadt, darunter dem Landrat des Kreises Hermannstadt, Martin Botesch und dem

Vorsitzenden des Demokratischen Forums der Deutschen Minderheit in Rumänien, Prof. Dr. Paul-Jürgen Porr.

Auch mit dem Bischof der Evangelischen Kirche Rumäniens, Reinhart Guib, die ihren Sitz im siebenbürgischen Hermannstadt hat, traf Koschyk im Rahmen seines Rumänienbesuches zusammen.

An dem Gespräch nahmen auch der Präsident des Hessischen Landtags, Norbert Kartmann, der deutsche Generalkonsul in Hermannstadt, Thomas Gerlach und der Hauptanwalt der Evangelischen Kirche Rumäniens, Friedrich Gunesch, teil. Landtagspräsident Kartmann hat familiäre Wurzeln in Siebenbürgen und ist seit Jahrzehnten für die deutschrumänischen Beziehungen außerordentlich engagiert. Im Mittelpunkt des Gesprächs stand die Situation der evangelischen Kirche Rumäniens, deren Mitglieder überwiegend der deutschen Minderheit angehören. Landesbischof Guib berichtete über die organisatorischen Strukturen der evangelischen Kirche Rumäniens, deren Hauptwirkungsfeld in Siebenbürgen liegt. Besonders positiv werteten es Finanzstaatssekretär Koschyk und Landtagspräsident Kartmann, dass auch junge Menschen, vor allem aus dem Bereich der deutschen Minderheit, in den Dienst der evangelischen Kirche Rumäniens treten.

Koschyk und Kartmann hatten bei ihrer Rundreise durch Siebenbürgen zahlreiche Kirchengemeinden besucht und dort auch jüngere evangelische Pfarrer

kennen gelernt, in deren Gemeinden es auch eine sehr aktive Jugendarbeit gibt. Allerdings wiesen Bischof Guib und Hauptanwalt Gunesch auf den teilweise schleppenden Fortgang der Rückerstattung des in der kommunistischen Zeit konfiszierten Eigentums der Evangelischen Kirche Rumäniens hin und baten diesbezüglich um entsprechende Unterstützung von deutscher Seite. Besonders erfreut zeigte sich Bischof Guib über die Motivauswahl der Kirchenburg BIRTHÄLM für die erste deutschrumänische Gemeinschaftsbriefmarke.

In Hermannstadt ergab sich auch eine kurze Begegnung mit dem rumänischen Wirtschaftsminister Ion Ariton, der in Hermannstadt seinen Wohnsitz hat.

Insgesamt verdeutlichte der Besuch von Finanzstaatssekretär Koschyk und die Herausgabe der deutsch-rumänischen Gemeinschaftsbriefmarke mit dem Motiv der Siebenbürgener Kirchenburg BIRTHÄLM, dass die Bundesregierung die rumänischen Anstrengungen zum Schutz und zur Förderung der deutschen Volksgruppe auch weiterhin nachhaltig unterstützt. Entscheidend für die Zukunft der deutschen Volksgruppe in Rumänien wird aber letztlich deren Fähigkeit sein, ihre kulturelle und muttersprachliche Identität zu wahren und sie in einem Europa der Vaterländer und der Regionen neu zu definieren. Dabei wird die Bundesregierung den deutschen Landsleuten in Rumänien auch weiterhin eng zur Seite stehen.

21. September 2011

Bildunterschriften:

Deutsch-rumänische
Gemeinschaftsbriefmarke



Die Kirchenburg Birtäl



Der hessische Landtagspräsident Norbert Kartmann, der Landesbischof der evangelischen Kirche Rumäniens, Reinhart Guib, der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister der Finanzen, Hartmut Koschyk MdB, der deutsche Generalkonsul in Hermannstadt, Thomas Gerlach und der Hauptanwalt der evangelischen Kirche Rumäniens, Friedrich Gunesch, mit dem Motiv der deutsch-rumänischen Gemeinschaftsbriefmarke



Empfang im Rathaus Hermannstadt v.l.n.r. Ovidiu Gant, Abgeordneter der Deutschen Minderheit im rumänischen Parlament, Norbert Kartmann, Präsident des Hessischen Landtages, Klaus Johannis, Oberbürgermeister von Hermannstadt, Parlamentarischer Staatssekretär Hartmut Koschyk MdB, Helge Fleischer, rumänischer Staatssekretär für Minderheitenfragen, Thomas Gerlach, deutscher Generalkonsul in Hermannstadt

Gute Tage für die deutsch-russische Zusammenarbeit



Foto: REGIERUNGonline/Denzel
Begrüßung mit militärischen Ehren

Netze, Fabriken, Fonds: Die Handelsbeziehungen stehen vor einem Rekordhoch. Nicht nur auf dem Energiesektor und in der Industrie wollen Deutschland und Russland noch enger zusammenarbeiten. Spürbar entwickelt sich auch der Austausch der Zivilgesellschaften.

Vom Stand des Dialogs konnten sich Bundeskanzlerin Angela Merkel und Russlands Präsident Dimitrij Medwedew bei den Konsultationen ihrer Regierungen in Hannover ein Bild machen.

Dreizehn Ministerinnen und Minister und mehrere Staatssekretäre waren aus Moskau angereist, um mit ihren deutschen Kolleginnen und Kollegen konkrete Fachfragen zu erörtern. Im Mittelpunkt: die vor drei Jahren geschlossene Modernisierungspartnerschaft.

Am Ende standen zehn Regierungsabkommen. Für die Kanzlerin «ein Beleg für die Dichte der Kontakte». Unter anderem gehen die Regierungen in der Rechts-, Finanz-, Verkehrs-, Umwelt-, Forschungs- und Kulturpolitik neue gemeinsame Projekte an. Um Energieerzeugung und Höchstleistungsrechner geht es dabei ebenso wie um den Schutz von Torfmooren und Urwäldern. Für die Jahre 2012/2013 verabredeten die Diplomaten ein Deutschlandjahr in Russland und umgekehrt ein Russlandjahr in Deutschland.

Darüber hinaus kamen fünf Wirtschaftsabkommen zur Unterzeichnung: von der Mittelstandsförderung mit der KfW-Bankengruppe über die Modernisierung von Stromnetzen, die Lieferung von Kraftwärmekopplungsanlagen bis zum Bau einer Reifenfabrik. «Russland ist besonders interessiert am Aufbau von Strukturen für kleinere und mittlere Unternehmen», freute sich die Kanzlerin. Hier könne Deutschland aus einem großen Erfahrungsreichtum schöpfen.

Bereits am Vorabend hatten sich Merkel und Medwedew in kleiner Runde ausgetauscht. Dabei standen neben den beiderseitigen Beziehungen internationale Themen im Mittelpunkt. Unter anderem die Lage im Euroraum, die Bemühungen der internationalen Staatengemeinschaft um eine Lösung der Konflikt in Libyen und Syrien sowie die Entwicklung in Transnistrien und Weißrussland.

Partnerschaft für Energie

Nach dem beschlossenen Aus für die Kernkraftwerke in Deutschland wurde auch das Thema eines zukunftsorientierten Energiemixes erörtert. Russisches Gas spielt für die deutsche Energieversorgung schon heute eine wichtige Rolle. Die Lieferungen in erheblichem Umfang auszuweiten, stehe derzeit allerdings nicht zur Debatte, erklärte Merkel. Das Energiekonzept der Bundesregierung fußt vor allem auf einem verstärkten Einstieg in die erneuerbaren Energien.

Unterdessen bereiten deutsche Unternehmen eine Rohstoffpartnerschaft mit Russland jenseits von Gas und Öl vor, zum Beispiel bei Metallen für Hightech-Produkte (Stichwort: Seltene Erden). Deutsche Technologieunternehmen unterstützen die russische Regierung zudem bei ihren Bemühungen zur Erhöhung der Energieeffizienz im Land.

Partnerschaft der Staaten, Partnerschaft der Bürger

Merkel und Medwedew betonten übereinstimmend, dass für gute Beziehungen auf Dauer die enge Zusammenarbeit der Regierungen und der Unternehmen nicht ausreicht. Auch die Zivilgesellschaften müssten weiter zusammenwachsen. Deren Austausch in allen Altersgruppen zu fördern ist Ziel des 2001 begonnenen Petersburger Dialogs. In acht Arbeitsgruppen kommen im **Petersburger Dialog** übers Jahr hinweg rund 100 Fachleute und Bürger beider Länder zusammen: von Politik und Wirtschaft über Bildung, Ausbildung Kultur und Medien bis zu einer Zukunftswerkstatt. Die Themenpalette ist breit. Unter dem Stichwort Modernisierungspartnerschaft kommen die Bedeutung der Pressevielfalt, der Informationsfreiheit und eines wirtschaftlichen Mittelstandes für demokratische Gesellschaften zur Sprache.

IMPRESSUM

ZEITUNG "ORENBURGER ALLGEMEINE". Reg. Nr. E-0145

Chefredakteur: Andrei Tikhomirov, Redaktion: Olga Mehl, Segrei Frank.

E-Mail: orenburgerallgemeine@narod.ru

Website: <http://gazetavseti.narod.ru/orenburgerallgemeine.htm>

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Textnachdruck nur gegen Copyright-Vermerk: Zeitung "Orenburger Allgemeine".